

Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit von Gemeinden

gemäß

- Entschließung des Nationalrates vom 20. Jänner 2021 betreffend Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit der Gemeinden (426/UEA XXVII. GP)

Wien, Jänner 2022

Inhalt

1. Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit der Gemeinden	3
1.1. Einleitung und Hintergrund	3
1.2. Investitionstätigkeit auf Gemeindeebene auf Basis von Quartalsdaten	3
1.3. Bruttoinvestitionen auf Gemeindeebene auf Basis von Jahresdaten	7
1.4. Öffentlicher Schuldenstand der Gemeindeebene auf Basis von Quartals- und Jahresdaten	8
Tabellenverzeichnis	13
Abbildungsverzeichnis	14
Impressum	16

1. Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit der Gemeinden

1.1. Einleitung und Hintergrund

Dieser Bericht wird auf Basis der EntschlieÙung des Nationalrates vom 20. Jänner 2021 426/UEA XXVII. GP betreffend Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit der Gemeinden erstellt. Der EntschlieÙungsantrag lautet wie folgt:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht zu prüfen wie das Bundesgesetz mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Einkommensteuergesetz 1988 und die Bundesabgabenordnung geändert werden, kurz "Gemeindepaket", mit einem Monitoring von Verschuldung und Investitionstätigkeit der Gemeinden flankiert werden kann, um die Treffsicherheit der Maßnahmen zu evaluieren und die Erreichung der Ziele der geplanten Maßnahmen zu gewährleisten. Im Sinne einer transparenten und faktenbasierten Diskussion der Nationalrat über die Ergebnisse dieses Monitorings zu informieren.“

Es soll anhand von Quartalsdaten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (=VGR; in weitere Folge VGR-Quartalsdaten) ein unterjähriges Makro-Monitoring der Entwicklung der Investitionstätigkeit sowie des öffentlichen Schuldenstandes auf Gemeindeebene in der aktuellen Krisensituation erlauben.¹

1.2. Investitionstätigkeit auf Gemeindeebene auf Basis von Quartalsdaten

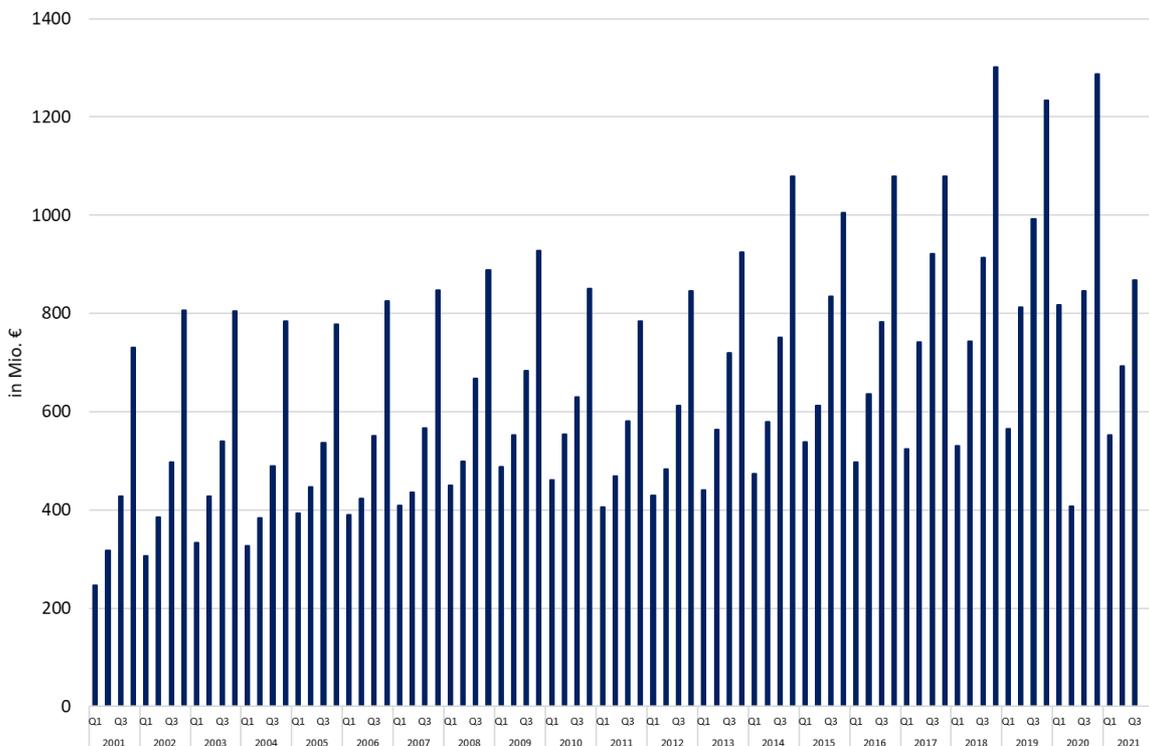
Die Investitionstätigkeit der Gemeinden wird auf Basis von VGR-Quartalsdaten, welche die sogenannten Bruttoanlageinvestitionen auf Gemeindeebene vom ersten Quartal 2001 bis zum dritten Quartal 2021 umfassen, dargestellt. Die verwendeten Daten umfassen nicht nur die Gemeinden im engen Sinn, sondern auch die außerbudgetären Einheiten der Gemeinden sowie Gemeindeverbände, welche gemäß Europäischem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) dem Sektor Staat zugerechnet werden.

¹ Die Quartalsdaten werden von Statistik Austria mit einer Verzögerung von einem Quartal veröffentlicht; d.h. Q1 Veröffentlichung Ende Juni, Q2 Ende September, Q3 Ende Dezember und Q4 Ende März.

Daneben kann es auch noch Einheiten geben, die zwar im Einflussbereich der Gemeinden oder überhaupt im Gemeindeeigentum sind, aber bspw. aufgrund ihrer Marktaktivitäten nicht dem Sektor Staat zugerechnet werden und daher in den Daten nicht enthalten sind. Darunter können bspw. im Fall von größeren Städten manche Holdinggesellschaften und ihre Tochtergesellschaften fallen. Letztere können aufgrund ihres Tätigkeitsbereichs ebenso signifikante Investorinnen sein.

Für die Langzeitbetrachtung werden die sogenannten Bruttoanlageinvestitionen vom ersten Quartal 2001 bis zum dritten Quartal 2021 herangezogen.

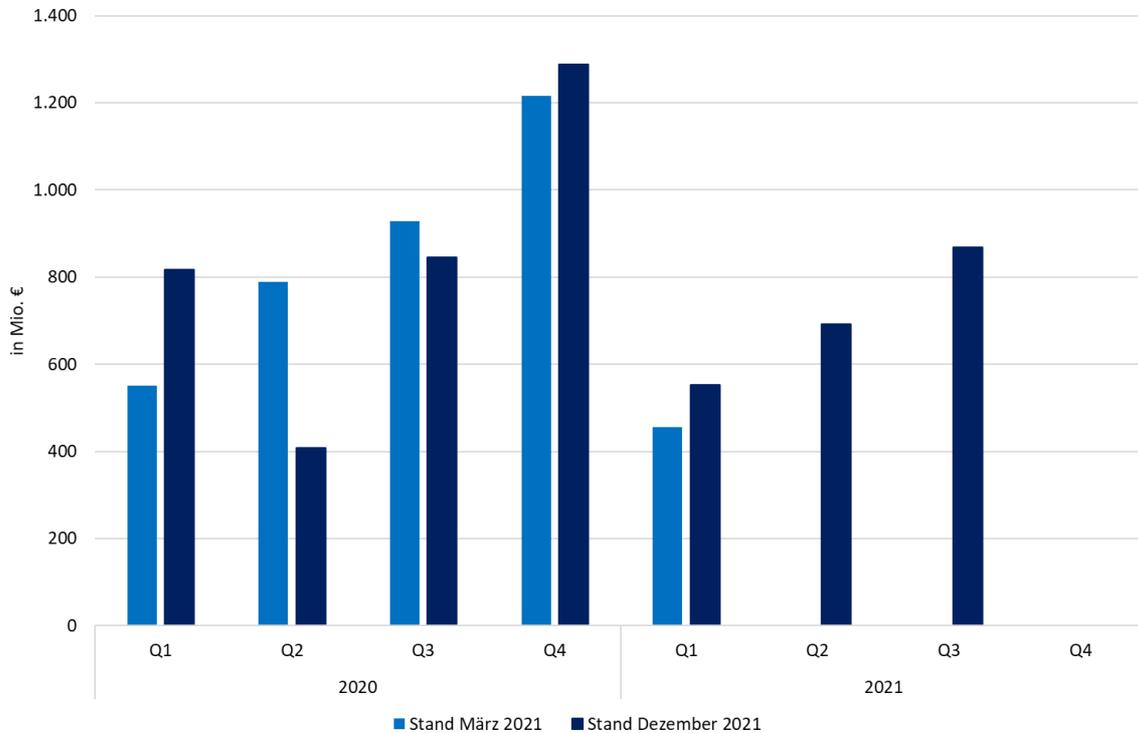
Abbildung 1: Bruttoanlageinvestitionen, Gemeindeebene, 2001/Q1-2021/Q3



Quelle: Statistik Austria (Stand: 31.12.2021). Daten gemäß ESVG 2010.

Es ist ein deutliches ansteigendes Muster im Jahresverlauf zu erkennen, wobei ausnahmslos das vierte Quartal das „stärkste“ Quartal ist. Dieses Muster war auch im Jahr 2020 zu erkennen, allerdings auf Basis von Daten mit Stand 31. März 2021. Aufgrund einer Revision der Bruttoanlageinvestitionen durch Statistik Austria, welche den Zeitraum ab Q1 2020 betrifft, hat sich das Muster im Jahr 2020 dahingehend verschoben, dass das Q2 nun das „schwächste“ Quartal ist. Die quartalsweise Entwicklung im Jahr 2021 lässt hingegen das ursprüngliche unterjährliche Muster erkennen, welches bis 2019 vorherrschend war.

Abbildung 2: Vergleich Bruttoanlageinvestitionen, Gemeindeebene, Stand März und Dezember 2021



Quelle: Statistik Austria (Stand: 31.03.2021 und 31.12.2021). Daten gemäß ESVG 2010.

Der vormals kontinuierlichere Verlauf ist im Jahr 2020 einer V-förmigen Entwicklung gewichen.

Das Bundesministerium für Finanzen nimmt in Aussicht, nach Vorliegen und Analyse der Gebarungsdaten der Gemeinden für das Jahr 2020 sowie Vorliegen der Daten für das vierte Quartal 2021 die Entwicklung dieser Zahlen näher zu beleuchten.

Ab den Quartalen der Jahre 2011 bzw. 2012 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Investitionstätigkeit zu erkennen. So sind die Bruttoinvestitionen des ersten Quartals im Jahr 2011 von 405,1 Mio. € auf 817,8 Mio. € im ersten Quartal des Jahres 2020 angestiegen. Eine analoge Entwicklung ist auch bei Betrachtung des vierten Quartals zu beobachten. In diesem Fall stiegen die Bruttoanlageinvestitionen von 784,5 Mio. € (2011) auf 1,3 Mrd. € (2020) an. Im Langzeitvergleich war das erste Quartal des Jahres 2020 mit 817,8 Mio. € und das vierte Quartal des Jahres 2018 mit 1,3 Mrd. € am stärksten.

Es gilt hier allerdings zu beachten, dass die niedrigeren Werte ggü. den Vorquartalen nicht nur zwingend auf die finanzielle Situation der Gemeinden rückführbar sind. In manchen Fällen kann auch die Verfügbarkeit bzw. das Stocken von Lieferketten zu einem Abfallen der Investitionstätigkeit beitragen.

Für die Investitionstätigkeit auf Gemeindeebene spielen insbesondere Bauinvestitionen eine entscheidende Rolle.

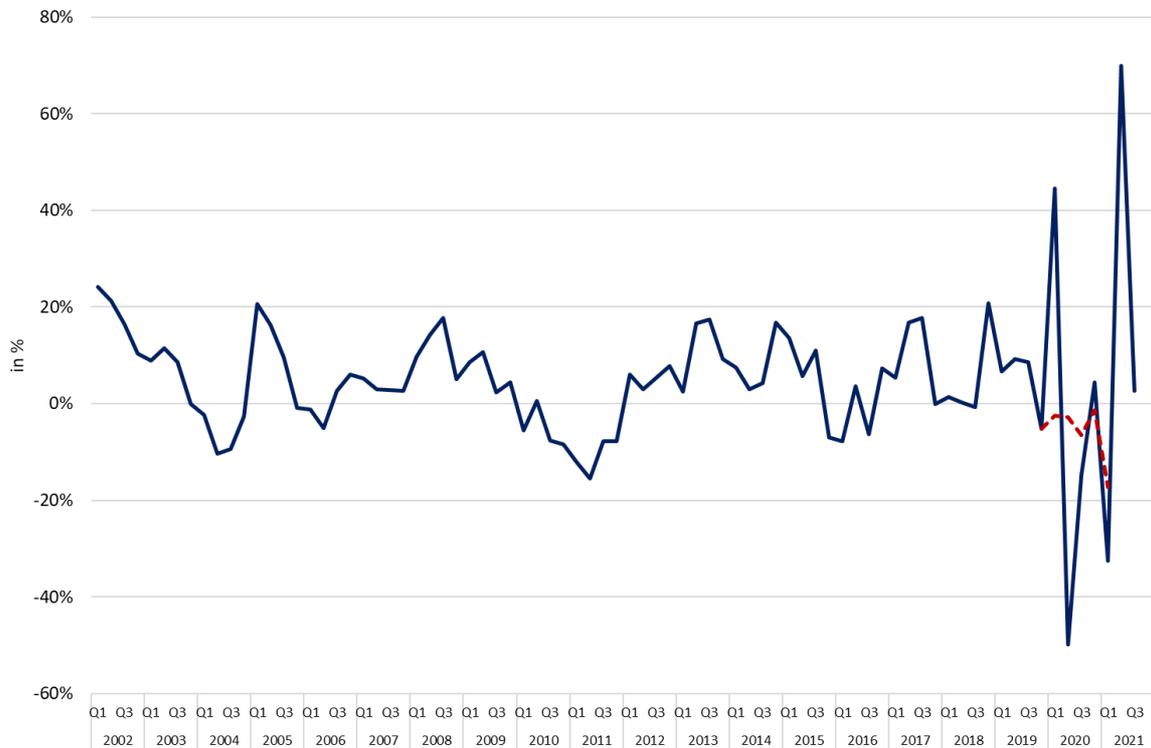
Die Bauproduktion scheint sich auf Basis der WIFO-Prognose im Rahmen von Euroconstruct (Stand November 2020) für 2020 ggü. der allgemeinen wirtschaftlichen Situation besser entwickelt zu haben. Die Entwicklung wurde für das Jahr 2020 positiv gesehen. Der Auftragsbestand im vierten Quartal 2020 ist trotz der epidemiologischen Lage nur leicht gesunken und österreichweit bei 14,8 Wochen gelegen (2018 = 14,6 Wochen, 2019 = 15,0 Wochen).²

Auf Basis der Konjunkturbeobachtung für Gewerbe und Handwerk durch die KMU Forschung zeigt sich für das zweite Quartal 2021, insbesondere für die investitionsnahen Branchen, ggü. dem zweiten Quartal des Vorjahres eine Steigerung um 25%, wobei rd. ein Viertel der Aufträge auf öffentliche Aufträge bzw. auf direkte Vergaben durch die Gebietskörperschaften zurückzuführen sind.³

² Siehe insb. Seite 2 <https://www.wko.at/branchen/gewerbe-handwerk/bau/konjunkturerhebung-2020-4.pdf> (Zugriff am 16. Juli 2021); für allgemeine Informationen siehe auch <https://www.wko.at/branchen/gewerbe-handwerk/bau/konjunktur-statistik.html> (Zugriff am 16. Juli 2021)

³ Siehe insb. Kapitel 2.2 Seite 5f. <https://www.kmuforschung.ac.at/wp-content/uploads/2021/07/OesterreichBericht.pdf> (Zugriff am 26. Juli 2021) sowie den Tabellenband zum Bericht https://www.kmuforschung.ac.at/wp-content/uploads/2021/07/OesterreichTabellenband_Homepage.pdf (Zugriff am 26. Juli 2021)

Abbildung 3: Bruttoanlageinvestitionen, Veränderung ggü. Vorjahresquartal, 2002/Q1-2021/Q3



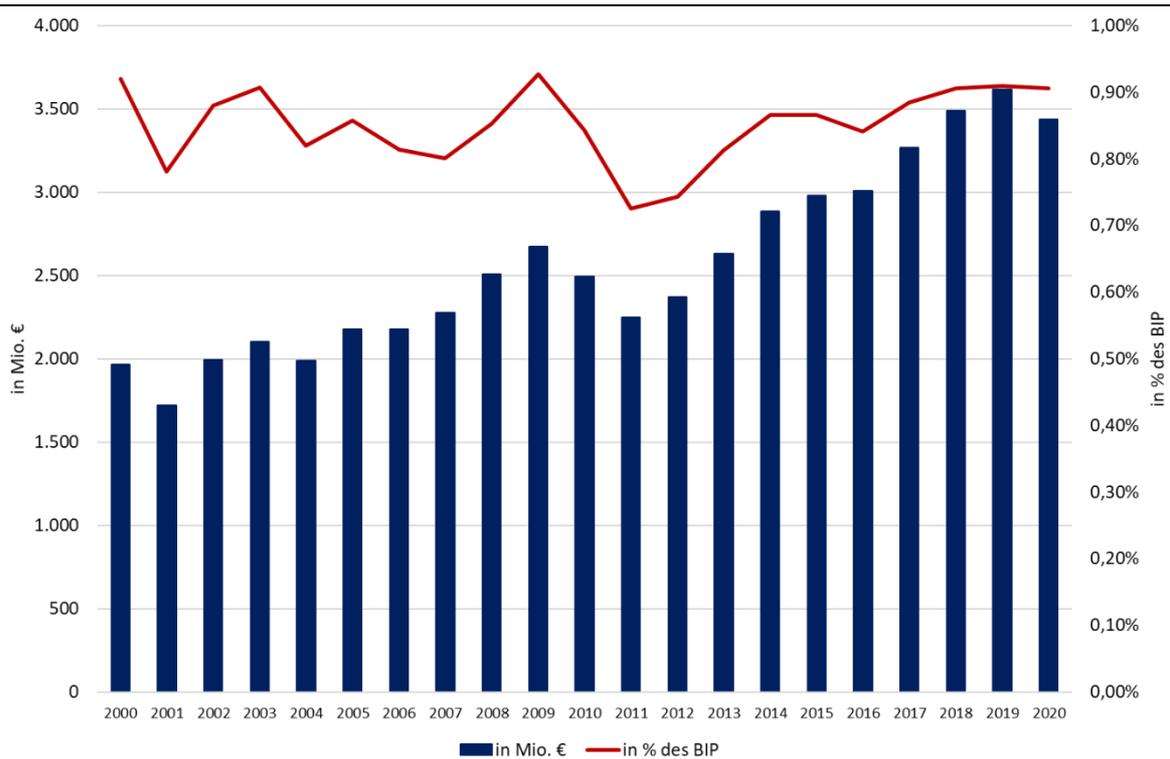
Quelle: BMF-Berechnungen auf Basis von Statistik Austria

Betrachtet man die Veränderung der Quartale – konkret ggü. dem Quartal des Vorjahres – zeigt sich, dass eine Eintrübung bereits Ende 2019 zu erkennen war. Aufgrund einer Revision der Quartalsbruttoanlageinvestitionen durch Statistik Austria unterscheidet sich das aktuelle Muster der Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal deutlich. Im Vergleich dazu ist der alte Verlauf in roter Farbe ergänzt. Der Zeitraum bis zum vierten Quartal 2019 ist von dieser Revision nicht betroffen. Die relativ starken Ausschläge im Jahr 2021 sind eine Folgeerscheinung der revidierten Quartale im Jahr 2020.

1.3. Bruttoinvestitionen auf Gemeindeebene auf Basis von Jahresdaten

Die Bruttoinvestitionen entwickeln sich langfristig kontinuierlich. Lediglich nach dem Jahr 2009 ist ein Einbruch erkennbar. Am aktuellen Rand ist bei Betrachtung der nominellen Größen ein Rückgang von 2019 auf 2020 – auf das Niveau von 2018 – zu beobachten. Nachdem es im Jahr 2020 ggü. 2019 auch zu einem BIP-Rückgang gekommen ist, sind die Bruttoinvestitionen in % des BIP stabil geblieben bzw. ist sogar ein leichter Anstieg erkennbar.

Abbildung 4: Bruttoinvestitionen, Gemeindeebene, 2000-2020



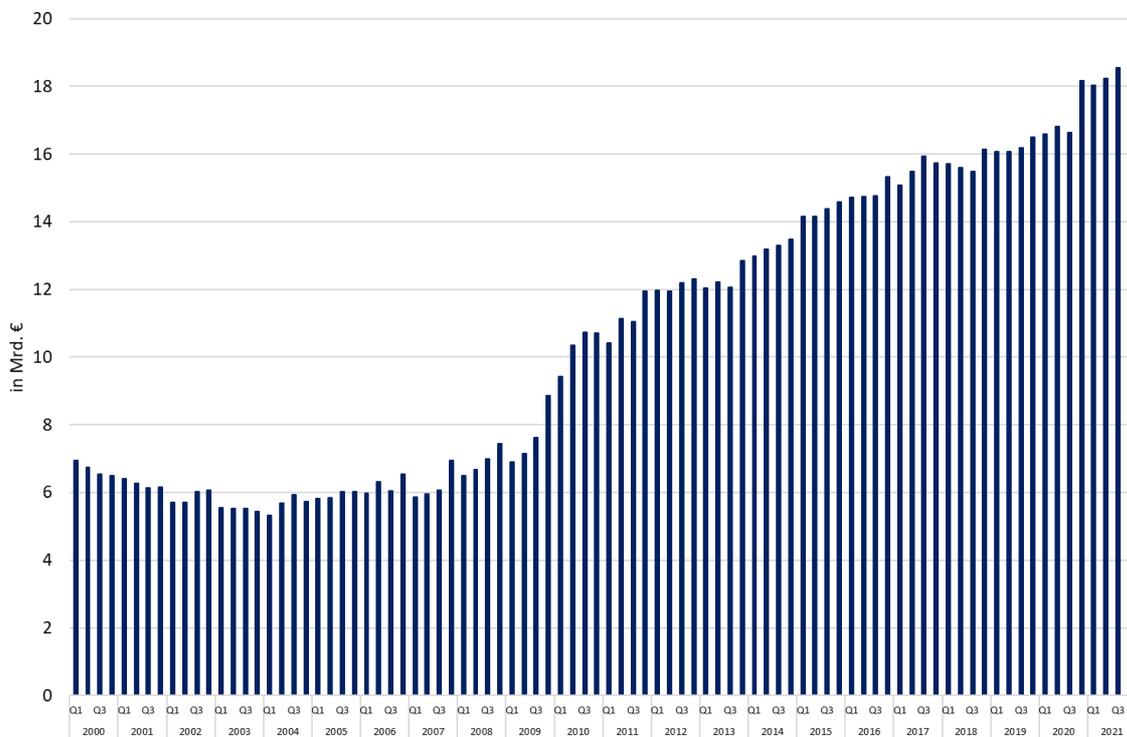
Quelle: BMF-Berechnungen auf Basis Statistik Austria (Stand: 30.09.2021). Daten gemäß ESVG 2010.

1.4. Öffentlicher Schuldenstand der Gemeindeebene auf Basis von Quartals- und Jahresdaten

In Analogie zu den Investitionen auf Quartalsdatenbasis wird der öffentliche Schuldenstand ebenfalls auf Gemeindeebene (gem. ESVG Subsektoreneinteilung) dargestellt. Der Zeitraum umfasst den Bereich des ersten Quartals 2000 bis zum dritten Quartal 2021. Die Daten wurden aus der Datenbank von Eurostat entnommen (Datenset GOV_10Q_GGDEBT customized).

Die ESVG-Abgrenzung erlaubt es, bei der Betrachtung des öffentlichen Schuldenstandes nicht nur auf die Gemeinden im engen Sinn, sondern auch auf ihre außerbudgetären Einheiten, welche im Sektor Staat klassifiziert sind, abzustellen und so ein vollständigeres Bild der unterjährigen Lage zu erhalten.

Abbildung 5: Öffentlicher Schuldenstand, Gemeindeebene, 2000/Q1-2021/Q3

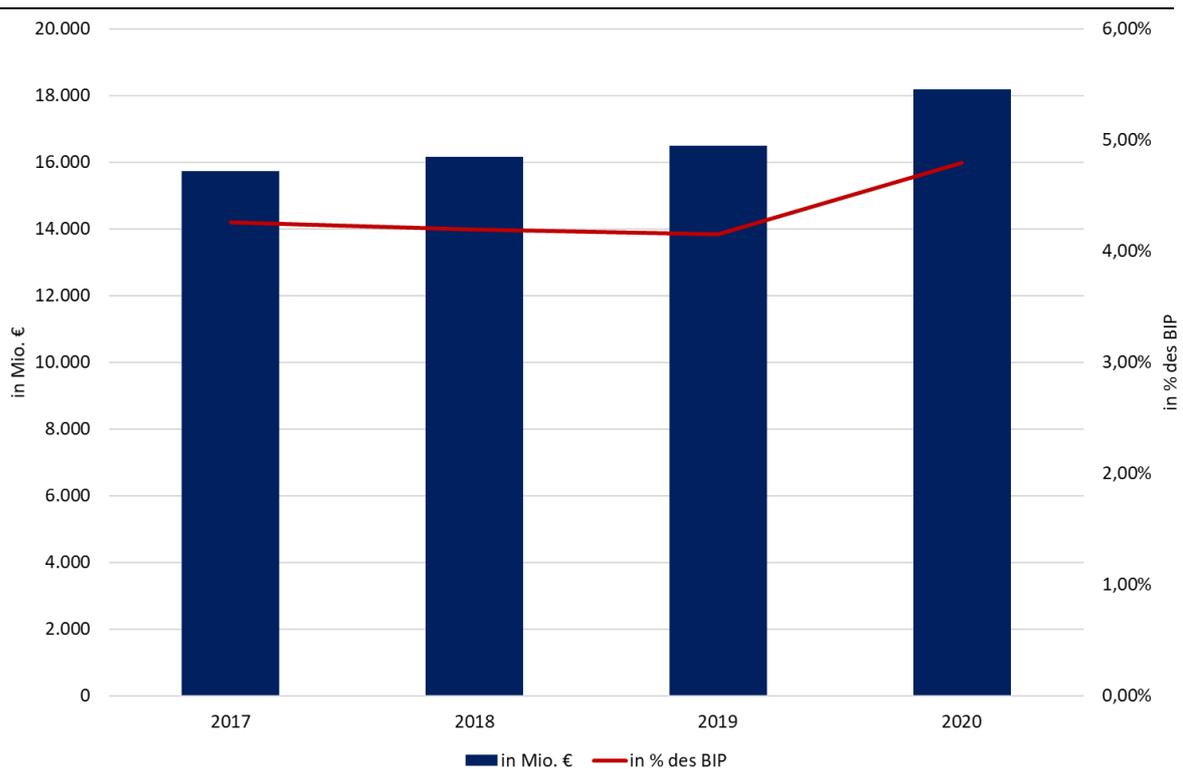


Quelle: BMF-Berechnungen auf Basis von Eurostat (Stand: 21.01.2022). Daten gemäß ESVG 2010.

Betrachtet man die Veränderung von einem Quartal zum Folgequartal, dann ist erkennbar, dass die größte Anstiegsdynamik zur Zeit der Finanzkrise 2008/2009 zu beobachten war. Spätere Anstiege sind zum Teil auch auf Umklassifikationen bzw. Revisionen zurückführbar, welche nicht zwingend die ganze Zeitreihe betroffen haben. Vom dritten Quartal zum vierten Quartal 2020 ist ein signifikanter Anstieg zu erkennen, welcher mit den fiskalischen Auswirkungen der epidemiologischen Entwicklung zu erklären ist.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen des ESVG die Stadt bzw. das Land Wien der Gemeindeebene zugerechnet wird. Im gegenständlichen Fall ist der erwähnte Anstieg maßgeblich auf die Entwicklung in Wien rückführbar. Dies ist im Detail aus den Jahresdaten gemäß Tabelle 1 ersichtlich. Der Anstieg des öffentlichen Schuldenstandes für die restlichen Gemeinden Österreichs ist in Relation zu ihrem Anteil am öffentlichen Schuldenstand – im Vergleich zu Wien – niedriger ausgefallen.

Abbildung 6: Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes, Gemeindeebene, 2017-2020



Quelle: BMF-Berechnungen auf Basis von Statistik Austria (Stand: 30.09.2021). Daten gemäß ESVG 2010.

Die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes auf Gemeindeebene (inkl. Wien) zeigt für die Jahre 2017 bis 2020 folgenden Verlauf. Für die Jahre 2017 bis 2019 war in nominellen Größen ein Anstieg von rd. 15,7 Mrd. € auf 16,4 Mrd. € erkennbar. In Relation zum BIP ist der öffentliche Schuldenstand allerdings leicht rückläufig gewesen (von 4,3% auf 4,1%). Dieser Trend wurde 2020 gebrochen, da der öffentliche Schuldenstand auf 18,2 Mrd. € angestiegen ist und dies gekoppelt mit dem BIP-Einbruch auch zu einem deutlichen Anstieg in Relation zum BIP geführt hat (auf 4,8%).

Die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes auf Gemeindeebene (länderweise) ist aus der Veröffentlichung der Maastricht-Jahresindikatoren durch Statistik Austria ersichtlich (Tabelle 1).

Die länderweise Betrachtung des öffentlichen Schuldenstandes auf Gemeindeebene zeigt ein durchaus heterogenes Bild. So ist beispielsweise im Fall der Salzburger und Oberösterreichischen Gemeinden selbst bei Betrachtung der nominellen Größen eine Reduktion des öffentlichen Schuldenstandes zu beobachten. Ähnlich sieht die Lage auch bei den Kärntner Gemeinden aus. Im Fall der Gemeinden der restlichen Bundesländer sind steigende Verläufe zu erkennen, welche in Summe das Gesamtbild prägen.

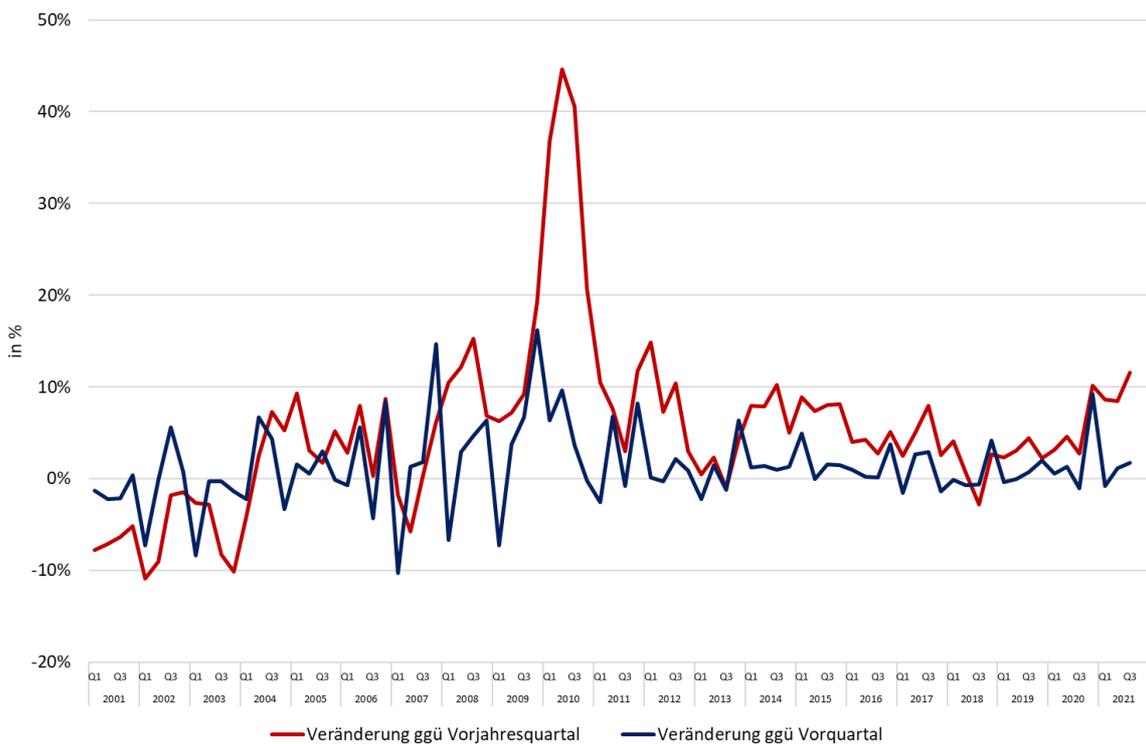
Tabelle 1: Öffentlicher Schuldenstand Wien und Gemeindesektor

Sektor/Bundesland	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
	in Mio €				in % des BIP			
Wien	7.289	7.494	7.429	8.500	2,0%	1,9%	1,9%	2,2%
Gemeindesektor (ohne Wien)	8.441	8.659	9.076	9.673	2,3%	2,2%	2,3%	2,6%
Burgenland	209	215	237	254	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
Kärnten	303	273	291	328	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
Niederösterreich	2.003	2.043	2.138	2.238	0,5%	0,5%	0,5%	0,6%
Oberösterreich	2.349	2.320	2.236	2.284	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%
Salzburg	333	331	330	343	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%
Steiermark	1.986	2.062	2.333	2.575	0,5%	0,5%	0,6%	0,7%
Tirol	631	764	812	878	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%
Vorarlberg	627	651	700	773	0,2%	0,2%	0,2%	0,2%

Quelle: Statistik Austria (Stand: 30.09.2021). Daten gemäß ESVG 2010. Einschließlich außerbudgetäre Einheiten.

Die unterjährige Veränderung des öffentlichen Schuldenstandes lässt sich durch den Vergleich mit dem Vorquartal bzw. dem korrespondierenden Quartal des Vorjahres darstellen.

Abbildung 7: Veränderung des öffentlichen Schuldenstandes, Gemeindeebene, 2001/Q1-2021/Q3



Quelle: BMF-Berechnungen auf Basis von Eurostat (Stand: 21.01.2022). Daten gemäß ESVG 2010.

Die Dynamik über den Beobachtungszeitraum wird durch die Darstellung der Veränderungen in Prozent ggü. dem Quartal des Vorjahres sowie ggü. dem Vorquartal verdeutlicht. Vom dritten Quartal zum vierten Quartal 2020 ist – analog zur Darstellung

gemäß Abbildung 5 – ein deutlicher Anstieg zu erkennen. Diese Darstellung baut auf den Daten der Abbildung 5 auf.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Öffentlicher Schuldenstand Wien und Gemeindesektor	11
---	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bruttoanlageinvestitionen, Gemeindeebene, 2001/Q1-2021/Q3.....	4
Abbildung 2: Vergleich Bruttoanlageinvestitionen, Gemeindeebene, Stand März und Dezember 2021	5
Abbildung 3: Bruttoanlageinvestitionen, Veränderung ggü. Vorjahresquartal, 2002/Q1-2021/Q3	7
Abbildung 4: Bruttoinvestitionen, Gemeindeebene, 2000-2020.....	8
Abbildung 5: Öffentlicher Schuldenstand, Gemeindeebene, 2000/Q1-2021/Q3.....	9
Abbildung 6: Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes, Gemeindeebene, 2017-2020	10
Abbildung 7: Veränderung des öffentlichen Schuldenstandes, Gemeindeebene, 2001/Q1-2021/Q3	11

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Finanzen, Johannesgasse 5, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: BMF

Gesamtumsetzung: Sektion II, BMF

Wien, 2022. Stand: 31.01.2022

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums für Finanzen ausgeschlossen ist.

Bundesministerium für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

+43 1 514 33-0

[bmf.gv.at](https://www.bmf.gv.at)